

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugpreis monatlich (bei Haus 2,50 M., (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M., ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-N. / Geschäftsstelle u. Expedition: Mühlentorstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18699, Dresdener Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-N., Mühlentorstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschl.: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gebaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Anzeigenzeit einschließlich an den dreifachen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-N., Mühlentorstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Vorfahrung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 28. Juni 1928

Nummer 149

Schiffbruch der Koalitionsschieber

Einheitsfront Hindenburg, Deutsche Volkspartei und Sozialdemokratie / Das Truistkapital gegen einen Vizekanzler
Hermann Müller will seinen Auftrag an Hindenburg zurückgeben

Die geprügelte SPD

Berlin, 28. Juni. (Fig. Drahtbericht.)

Der Regierungshandeln Hermann Müllers, der, wie es schien, gestern endlich seinen Abschied finden sollte, hat einen Schiffbruch erlitten.

Das Zentrum verzeigte sich auf die Ueberlassung des Vizekanzlerpostens an Dr. Wirth. Entsprechend den Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei lehnte Hermann Müller diese Forderung ab. Nachdem das Zentrum in einer neuen Fraktionslösung beschlossen hatte, auf der Schaffung und Bezeichnung des Postens des Vizekanzlers zu beharren, begab sich Hermann Müller zu Hindenburg, und, wie das Berliner Tageblatt berichtet, gab der Reichspräsident zu verstehen, daß er nicht gewillt sei, sich von einer Partei Vorstößen machen zu lassen und den Vizekanzlerposten ablehne und Hermann Müller das Zentrum hieron in Kenntnis setzen solle. Das Zentrum aber, dem Hermann Müller dies mitteilte und dem er noch die Bezeichnung des Finanzministeriums anbot, hielt seinen Standpunkt vollkommen aufrecht.

Das Austritt des Zentrums ist nicht zuletzt die Folge der Kollisions der Sozialdemokraten. Nachdem diese fast sämtliche Forderungen der Volkspartei berücksichtigt haben, will auch jetzt das Zentrum, daß seine Forderungen erfüllt werden. Wie der heutige Vorwärts mitteilt, kam Hermann Müller in den Besprechungen mit dem Zentrum sogar neben dem Angebot des Finanzministeriums auch ohne Widerspruch ihrem Verlangen nach dem Vizekanzlerposten entgegen, nur der Reichspräsident und die Volkspartei würden sich dagegen stellen. Der Vorwärts schreibt dazu:

„Man muß schon sagen, daß demnach die Sozialdemokratie mehr als das Mögliche getan hat, um mit Wirth und seiner Fraktion zu einer Verständigung zu gelangen. So hat aber alles nichts genutzt.“

Das Zentrum wird sich heute darüber schlüssig werden, ob es angesichts der Einheitsfront Hindenburg, Deutsche Volkspartei-Sozialdemokratie seine Forderungen nach dem Vizekanzlerposten oder dem Innenministerium fallen läßt oder darauf beharrt.

Die Frage des Zustandekommens der Regierungsbildung ist demnach wieder völlig ungeklärt. Die Haltung der sozialdemokratischen Führer in ihrem Bestreben, unbedingt die Große Koalition zustande zu bringen, wird immer jämmerlicher und blamabler, sie enthüllen sich immer mehr als die Schildknappen der Deutschen Volkspartei, der Vertreterin des deutschen Truistkapitals und des neudeutschen Imperialismus.

In den bürgerlichen Parteien sind gestern die Clique-Kämpfe mit erneuter Heftigkeit entbrannt. In der Fraktion der Volkspartei gab es einen ordentlichen Krach. Der bekannte Schwarzmagier Scholz gibt sich nicht geschlagen. Demonstration

legte er den Vorhitz seiner Fraktion nieder und will ihn nur wieder aufnehmen, wenn in Zukunft alle selbstherrlichen Entscheidungen des Herrn Stresemann über die Fraktion hinweg ausgeschlossen sein sollen. Seine Fraktion sprach ihm dennoch mit großer Mehrheit das Vertrauen aus, andererseits fügt sie sich aber Herrn Stresemann und wird dem Persönlichkeitskabinett, falls es doch noch in irgendeiner Form zustande kommen sollte, eine vorläufige Duldung angedeihen lassen.

Nicht minder hart ist der Konflikt im Zentrum. Nachdem die Hindenburg-Clique den Vorhitzan, Herrn Wirth zum 2. Außenminister mit den Befugnissen eines Vizekanzlers zu machen, abgelehnt hat, haben im Zentrum die Wirth-Gegner wieder Oberwasser bekommen und sie selbst präferieren jetzt zur Abwechslung den Weinflaschen-Hermes als Kabinettsmitglied. Herrn Wirth sind seine Jugendlügen nicht vergessen, aus der Zeit, wo er erklärte, im Ernstfalle würde er an die Seite der Arbeiter treten. Man hat ihm das jetzt noch nicht verziehen, obwohl inzwischen aus der jungen Hure eine alte Weisheitsweiser geworden ist. Wie aus der gestrigen Nachmittagspresse zu ersehen ist, verlangte das Zentrum von den bekümmerten Sozialdemokraten als Ersatz für den abgelehnten Vizekanzler das Innenministerium und war dafür bereit, das zweifelhafte Vergnügen des Schlichtungsministeriums das Herr Brauns übernehmen sollte, den Sozialdemokraten zu überlassen. Wie mitgeteilt wird, hat sich die SPD in letzter Stunde bereits nach einem geeigneten Arbeitsminister in den eigenen Reihen umgesehen und ihre Wahl ist wie nicht anders zu erwarten war, auf den Streikschwürger Wisseff gefallen. Das sind die letzten Nachrichten über die Kombinationen bei diesem unbeschreiblichen Kuhhandel.

Inzwischen wird gemeldet, daß Hermann Müller heute 9,30 Uhr wieder zu Hindenburg gehen wird, um ihm Be-

richt zu erlangen. Nach Äußerungen aus sozialdemokratischen Zeitungen ist zu erkennen, daß Hermann Müller dem Reichspräsidenten seinen Auftrag zurückzugeben werde. In der sozialdemokratischen Presse herrscht über das Diktat und die unnachgiebige Haltung der bürgerlichen Parteien große Niedergeschlagenheit. Der sonst so geschwätigen linkssozialdemokratischen Presse in Sachsen ist die Bute ausgegangen. Die Leipziger Volkszeitung bezeichnet das Resultat der Verhandlungen zweier Wochen als die „Komödie der Irrungen“ und den Plan des Kabinetts der Persönlichkeiten als die „Große Koalition in verächtlicherer Auflage“. Das aber ist alles. Die Chemnitzer Volkstimme das Organ Paul Levis, das Sächsische Volksblatt und die Tante vom Wertenerplatz drucken willkürlich die Informationen des Parteivorstandes ab. Sonst haben sie nichts zu sagen.

Ob Hermann Müller noch lange schmerzliche Stunden erleben wird, bis er mit einem zur Rot besetzten Ministerium bei Hindenburg aufwarten kann, bleibt noch sehr zweifelhaft, obwohl er alles getan hat, um als Schildknappe der Volkspartei den Forderungen des neudeutschen Imperialismus bei der Regierungsbildung Rechnung zu tragen.

Das Ganze nennt sich „Linksregierungsbildung“ und vollzieht sich vor den Augen von 12 1/2 Millionen Linkswählern, zum Spott und Hohn ihrer antikapitalistischen Entscheidung vom 20. Mai. Wenn diese Jangengeburts Hermann Müllers doch noch glücklich perfekt werden sollte, dann werden so manche sozialdemokratische Arbeiter am Ende doch einsehen, welchem Bankrott sie zum Leben verhasst haben. Um so entschlossener und energischer aber muß die Sammlung zum Kampf um die Forderungen der Werktätigen einsehen. Vor den Massen und mit den Massen muß der schonungslose Kampf um den Sturz dieser Schandregierung des parlamentarischen Schwindels unter der Herrschaft des Truistkapitals aufgenommen werden. Zu diesem Kampfe die breiten Schichten der Massen zu gewinnen, das ist unsere Aufgabe.

Nach dem Bundestag Kampf den Spaltern der Arbeitersportbewegung

Von Fritz Wiest, Berlin

Der Leipziger Bundestag des Arbeiter-Turn- und Sportbundes ist zu Ende. Die sozialdemokratische Presse triumphiert. Ihre Spalten sind ausgefüllt mit Verleumdungen der oppositionellen Delegierten auf dem Bundestag. Der Verlauf und das Ergebnis des Bundestags wird zum Anlaß genommen, die Hege gegen die Kommunistische Partei und gegen die oppositionellen Arbeiterportler fortzusetzen, um hinter die Hege ihre bürgerliche Orientierung zu verdecken.

Wohl noch nie fand in der Geschichte der deutschen Arbeitersportbewegung eine Bundestagung statt, wo ein ähnlicher Druck der Bürokratie auf die Delegierten ausgeübt wurde und wo unter brutaler Anwendung der Geschäftsordnung die oppositionellen Delegierten zum Schweigen zu bringen versucht wurde.

Dennoch brachte dieser Bundestag keine besondere Ueberraschung. Die Delegierten standen schon Wochen und Monate, bevor sie ihre Reise nach Leipzig antraten, unter dem Eindruck, daß in Leipzig sich ungewöhnliche Ereignisse abspielen werden. Die Hege in der sozialdemokratischen Presse ging so weit, daß es eine Reihe sozialdemokratischer Delegierter auf dem Bundestag gab, die vor Beginn der Tagung der Meinung waren, dieser Bundestag würde eine generelle Entscheidung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten bringen. Andererseits waren sich die oppositionellen Genossen, besonders die aus Berlin, Rheinfeld, Westfalen und Halle bewußt, daß in Leipzig eine scharfe Auseinandersetzung zu erwarten ist, daß die sozialdemokratischen Führer bereits zu Beginn der Tagung die Opposition mundtot machen werden, daß vor den oppositionellen Delegierten die Aufgabe steht ihren Standpunkt sachlich und mit aller Schärfe zu vertreten und dabei die Spaltungspolitik der Bürokratie im Arbeiter-Turn- und Sportbund zu entlarven.

Es ist den reformistischen Führern gelungen, mit den neuen 37 sozialdemokratischen Delegierten eine Politik durchzuführen, wie sie der Parteivorstand der SPD vorgezeichnet hat. Bekanntnis zur Sozialdemokratie, Herauswurf oppositioneller Funktionäre zur Herabminderung des kommunistischen Einflusses besonders in den industriellen Bezirken, Wegräumung aller politischen Hindernisse, um den Weg zur Herbeiführung einer Arbeitersportgemeinschaft mit den bürgerlichen Organisationen freizulegen.

Damit hat der Bundestag nach außen hin deutlich erkennbar den Arbeiter-Turn- und Sportbund zu einer von der SPD „betreuten“ Organisation gestempelt und sie der Koalitionspolitik der SPD-Führer mit der Bourgeoisie dienstbar gemacht. Der Arbeiter-Turn- und Sportbund soll letzten Endes als Arbeitersportbewegung die Arbeitermassen für die Interessen des neudeutschen Imperialismus einspannen. Der größte Teil der Delegierten war sich zweifellos der Tragweite der gefassten Beschlüsse nicht bewußt. In härtestem Maße wurden die SPD-Delegierten unter Parteidisziplin gestellt. Nicht nur die Anwesenheit Geispiens als Vertreter des Parteivorstandes der SPD, der der Tagung ihren Stempel aufdrückte, sondern auch die Rechte des Bundesvorstandes blieben auf die SPD-Delegierten nicht ohne Wirkung. Die diktatorische Anwendung der Geschäftsordnung, der offensichtliche Druck des Bundesvorstandes Geispiert auf eine Reihe sozialdemokratischer Delegierter konnte nicht entbehrt wer-

Der Kriegsheer Geedt

Über die Rüstungsbestrebungen des neudeutschen Imperialismus

München, 27. Juni. (Fig. Drahtbericht.)

Der General Geedt ließ sich gestern über die imperialistischen Ziele Deutschlands hören. Er propagierte eine Militarisierung des ganzen Volkes nach dem Muster des Paul Boncourtschen französischen Militärgesetzes. Beim letzten Kriege führte der Kriegsheer Geedt aus — habe sich eine unzulängliche organisatorische Vorbereitung herausgestellt, eine völlige Verrechnung über den Umfang des Munitionsbedarfs. Daher müsse in Zukunft die ganze Nation für den Kriegsdienst vorbereitet werden. Die Zeit der Massenheere gehe zu Ende, es beginne — meint Geedt — die Zeit der Nationalmassenheere. Der letzte Krieg habe keine militärische Entscheidung gebracht, sondern nur eine völlige Erschöpfung. Die Lage in der Welt sei heute so, daß kein Staat auf seine „Friedens“-Armee, die den Rader für die kommende Kriegsarmee abgibt, verzichten könne und bestimmte Vorbereitungen zur „Verteidigung“ treffen müsse. Die Masse müsse durch Werte (Wohngen und schwarze Reichswel) erzieht, dem Material müsse der Geist (abgezogen von Stahlhelm-Selbst-Verteidigung) gegenübergestellt werden. Höher militärischen Wert habe nur ein Berufsheer, für Verteidigung aber müsse jeder Wehrfähige vorbereitet sein. Nicht

Verusheer oder Volksheer — sondern Berufsheer und Volksheer. Für das Berufsheer sollen internationale Bestimmungen (Geedt entspricht mit dieser Forderung der augenblicklichen Lage, wo die Kriegsrüstung Deutschlands unter der Kontrolle der Völkerverbundimperialisten vor sich geht) angeordnet werden. Das Heer der Zukunft sei: Berufsheer mit möglichst langer Dienstzeit und das System der allgemeinen Wehrpflicht als militärische Jugendausbildung mit dem Ziel der körperlichen Ertüchtigung, Einstellung der gesamten Industrie auf Waffenlieferung im Kriegsfall.

Geedt, der Vater der neuliberalistischen Rüstungen, zeigt hier mit zynischer Offenheit die nächste Etappe der Militarisierung Deutschlands und zugleich auch die Kriegsziele, Seite an Seite mit Churchill und Poincaré gegen die Sowjetunion an. Es wird die Aufgabe des Hermann-Müller-Kabinetts mit Hundsfott-Groener sein, diese Ziele zu verwirklichen. Kampf bis aufs äußerste gegen die imperialistische Kriegsgelahr und ihre hauptberuflichen Anstreiber.